

FDP-Fraktion Gießen · Berliner Platz 1 · 35390 Gießen

An die Stadtreaktionen
der lokalen Presse in Gießen mit
Bitte um Veröffentlichung

Gießen, 24.06.2025

Dominik Erb
Fraktionsvorsitzender

mail@dominik-erb.de
www.fdp-giessen-stadt.de

FDP-Fraktion in der Gießener
Stadtverordnetenversammlung

Berliner Platz 1
35390 Gießen

T: 0172 69 222 80

Pressemitteilung der FDP-Fraktion:

Endlich: Modellversuch zur Erreichbarkeit des Musikalischen Sommers kommt!

Bereits seit Jahren weist die Fraktion der Freien Demokraten in der Gießener Stadtverordnetenversammlung auf die mangelhafte Erreichbarkeit des Musikalischen Sommers mittels des ÖPNV hin. Nachdem Bürgermeister Wright (Grüne) in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung noch von Kosten weit über 100.000 EUR ausging, liegt nun ein seröser und finanzierbarer Vorschlag auf dem Tisch.

Der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Dr. Klaus Dieter Greilich freut sich, dass Oberbürgermeister Becher (SPD) nach Durchführung der vor einem Jahr auf Antrag der FDP-Fraktion einstimmig beschlossenen Prüfung der Bedienung der Veranstaltungen des Musikalischen Sommers an Freitagen und Samstagen mit dem ÖPNV vorgeschlagen hat, im Jahr 2026 einen Testbetrieb einzurichten. Dieser soll je zwei Fahrten der Linie 6 vor und nach der Veranstaltung an den Tagen, die auf einen Freitag oder Samstag fallen, sicherstellen. Dadurch hätten auch viele Studierende und ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger die Möglichkeit, an diesen Tagen den Musikalischen Sommer zu genießen.

Der Fraktionsvorsitzende Dominik Erb erklärt dazu: „Die ermittelten Kosten von 9000 Euro sind in Anbetracht der zu erwartenden Nutzungsdaten akzeptabel. Möglicherweise können in den Folgejahren die Kosten sogar noch halbiert werden. Unverständlich bleibt jedoch, warum Bürgermeister Wright (Grüne) bei der Diskussion eines Dringlichkeitsantrags der FDP zu diesem Thema in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von voraussichtlichen Kosten von weit über 100.000 EUR fabuliert hat. Es kann nur vermutet werden, dass entgegen der Darstellung des Magistrats zu diesem Zeitpunkt noch keine seriöse Umsetzung unseres durch das Stadtparlament beschlossenen Antrags erfolgt war.“